

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 93. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **16 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Wir dürfen auch heute einer Kollegin zum Geburtstag gratulieren. Ihren **Geburtstag** feiert heute Frau Kollegin **Ina Scharrenbach** von der CDU-Fraktion.

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen)

Frau Kollegin, ganz herzlichen Glückwunsch, alles Gute und einen wunderschönen Tag im Kreise der Kolleginnen und Kollegen und, wenn Sie die Gelegenheit haben, dann auch heute Abend noch im Kreise Ihrer Familie!

Wir treten ohne weitere Vorbemerkungen in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Nachwahl einer Schriftführerin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/9815

Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen.

Deshalb stimmen wir direkt über den Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Piraten. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Wahlvorschlag Drucksache 16/9815 angenommen**, und Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding ist die neue Schriftführerin.

(Beifall von allen Fraktionen)

Herzlichen Glückwunsch dazu! Sie werden sicherlich Ihren Dienst im Laufe dieser beiden Tage auch schon antreten.

Damit rufe ich auf:

2 Familienbericht Nordrhein-Westfalen: „Familien gestalten Zukunft“

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 22. September 2015 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag in der heutigen Plenarsitzung zu dem Thema „Familienbericht Nordrhein-Westfalen: Familien gestalten Zukunft“ zu unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt durch Frau Ministerin Schäfer.

Ich weise darauf hin, dass sich die im Landtag vertretenen Fraktionen und die Landesregierung für die Unterrichtung auf die in der Tagesordnung ausgewiesene Redezeit verständigt haben. – Frau Ministerin Schäfer hat jetzt das Wort und damit auch das Redepult zur Verfügung.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Einen wunderschönen guten Morgen! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Familien gestalten Zukunft“ – unter diesen Titel haben wir den Familienbericht Nordrhein-Westfalen gestellt. Bevor ich auf einige Inhalte eingehe, noch ein kurzer Blick in die Vergangenheit.

Der letzte und bisher einzige Familienbericht für Nordrhein-Westfalen wurde 1990 veröffentlicht. Diese Landesregierung ist also die erste seit 25 Jahren, die eine ausführliche Beschreibung der Situation zu Familien in Nordrhein-Westfalen unternommen hat.

Der jetzt vorliegende Report stellt deshalb keine abschließende Analyse dar, sondern will vielmehr den Grundstein für eine regelmäßige Berichterstattung legen, um künftig die Entwicklungen in der Familienpolitik aufzuzeigen.

In den nächsten Legislaturperioden wird die Landesregierung weitere Berichte erstellen, die den vorliegenden Report fortschreiben und um aktuelle Aspekte und neue Schwerpunktthemen ergänzen.

Jetzt zum Aufbau und zum Inhalt dieses Familienberichtes: Im ersten Teil des Berichtes werden Statistiken und Studien für NRW ausgewertet, also Zahlen, Daten, Fakten analysiert und wissenschaftlich bewertet, zum Beispiel Familienformen, Familiengründungen, Familien- und Erwerbsarbeit und die wirtschaftliche Lage von Familien.

Nun sind Statistiken gut und sinnvoll. Doch wie bewerten Familien selbst ihre Situation? Dieser Frage geht der zweite Teil des Familienberichtes nach, der die Ergebnisse der Beteiligung von Familien darstellt.

Die Familien in unserem Bundesland konnten insgesamt über drei verschiedene Beteiligungswege sozusagen zu Mitautoren und Mitautorinnen dieses Familienberichtes werden: über die sogenannten Familiendialoge auf der einen Seite – das waren neun Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen – oder über das dafür eigens eingerichtete Internetportal oder durch die Teilnahme an einer

repräsentativen Familienbefragung in Nordrhein-Westfalen.

Noch nie – das darf man sagen – hat ein Flächenland in Deutschland Familien so umfassend an der Entstehung eines Familienberichtes beteiligt.

Zur repräsentativen Umfrage: Im März 2015 führte das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Auftrag der Landesregierung eine telefonische Befragung bei rund 1.000 Personen aus Familien in Nordrhein-Westfalen durch. Sechs Themenfelder standen zur Bewertung, um zu identifizieren, wo Familien in Nordrhein-Westfalen vorrangig Problemdruck empfinden: Zeit, Geld, Kinderbetreuung, Wohnen, Beratung und Sicherheit.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse sind mehr als eindeutig. In allererster Linie fehlt es den Familien in Nordrhein-Westfalen an Zeit. 55 % der befragten Eltern nennen Zeitmangel als Problem, darunter 22 % sogar als ein großes Problem – mehr als in allen anderen Themenbereichen wie „Geld“, „Kinderbetreuung“, „Wohnberatung“ und „Sicherheit“.

Ein weiteres Ergebnis der Elternbefragung zeigt die Beurteilung der Qualität der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen. Und das ist ein schönes Ergebnis für unser Bundesland: Sowohl die Eltern von U3-Kindern, die in der Betreuung sind, als auch die Eltern der Kinder, die sich in Ü3-Betreuung befinden, sind mit der Qualität der Betreuung ausgesprochen zufrieden. 76 % der Eltern von Kindern in U3-Betreuung bewerten die Qualität der Betreuung mit „sehr gut“ bis „gut“; mit „sehr gut“ werteten 44 %, mit „gut“ 32 %. 68 % der Eltern mit Kindern in Ü3-Betreuung bewerten die Qualität der Betreuung mit „sehr gut“ bis „gut“; mit „sehr gut“ werteten 24 %, mit „gut“ 44 %.

Das ist in der Tat ein wirklich sehr erfreuliches Ergebnis, welches zeigt, dass die Eltern in Nordrhein-Westfalen den Kindertageseinrichtungen sowie der Kindertagespflege mit ihren Erzieherinnen und Erziehern sowie Tagesmüttern und Tagesvätern ein großes Vertrauen entgegenbringen. Und es verdeutlicht auch, dass es sich lohnt, in den nächsten Jahren weiterhin die Kinderbetreuung den Bedarfen der Eltern entsprechend auszubauen, so wie wir es in den vergangenen fünf Jahren ja auch hervorragend geschafft haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Themenbereiche „Geld“ oder „Wohnraum“ werden von der Mehrheit der befragten Eltern eher als unproblematisch oder nicht sehr problematisch angesehen. Bei einer differenzierten Betrachtung bedeutet das allerdings nicht, dass hier kein Handlungsbedarf besteht; denn bestimmte Gruppen von Familien brauchen auch in diesen Bereichen unsere besondere Unterstützung, zum Beispiel die Alleinerziehenden in puncto Geld sowie kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund in puncto

to Wohnraum. Aufgrund der aktuellen Lage wird sich diese Situation mit Sicherheit auch nicht so leicht entspannen lassen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis – das ist allerdings nicht wirklich überraschend – ist, dass Alleinerziehende durchweg in allen Themenfeldern mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen haben als Familien im Durchschnitt. – So weit erst einmal die wichtigsten Ergebnisse.

Was aber folgt daraus? Dazu werden wir im dritten und letzten Teil des Familienberichtes erste Eckpunkte für eine zukünftige Familienpolitik in den nächsten Jahren formulieren, bzw. sie sind bereits formuliert worden. Bei der Formulierung der Maßnahmen, die wir konkret ergreifen wollen, haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, dass Familienpolitik dann auch da ansetzen muss, wo Familien den größten Problemdruck erleben.

Zeitmangel ist das Problem, das die Familien in Nordrhein-Westfalen am meisten belastet. Deshalb wird die Landesregierung als eine erste Konsequenz aus diesem Familienbericht noch in diesem Jahr zu einem Familiengipfel einladen. Die Familienbefragung hat ergeben, dass nicht nur die Länge der Arbeitszeit, sondern auch die Frage, in welchem Zeitraum die Arbeitszeit liegt, sowie fehlende Flexibilität zu diesem Zeitmangel führen.

Im Bereich der Zeitpolitik gilt in besonderem Maße, dass Familienpolitik nur gemeinsam mit anderen engagierten Partnern gelingen kann. Deshalb werden alle beteiligten Akteure – Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände, der Familienverbände und der Politik – im Rahmen dieses Familiengipfels an einen Tisch geholt, um sich gemeinsam auf Ziele für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verständigen.

Dabei soll auch die besondere Problematik der Alleinerziehenden thematisiert werden. Darüber hinaus wird die Landesregierung im Rahmen einer Väterkampagne die Vaterrolle stärken und Väter zur Inanspruchnahme von mehr Elternzeit ermutigen. Sie werden sich erinnern – darüber habe ich schon einmal gesprochen –, dass wir bei diesem Punkt leider noch hinter Bayern liegen.

Der vorliegende Bericht bildet mit seinen ersten Eckpunkten für eine zukünftige Familienpolitik einen Grundstein und den Auftakt zur Weiterentwicklung der Familienpolitik in den nächsten Jahren. Ganz wichtig ist uns als Landesregierung aber dabei, diese Aufgabe nicht allein anzugehen, sondern Hand in Hand mit den Partnern, die ich eben im Zusammenhang mit dem Familiengipfel schon genannt habe. Das hat in der Vergangenheit gut funktioniert, und ich bin zuversichtlich, dass alle auch weiterhin am gleichen Strang ziehen werden.

Ich gehe davon aus, dass der Familienbericht auch eine sehr gute Grundlage für die Arbeit der En-

quetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ darstellt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Ministerin, an dem Beifall des größten Teils des Hauses merken Sie: Alle wissen, dass dies Ihre letzte Unterrichtung als Ministerin an dieser Stelle war. Der Beifall soll sicherlich etwas mehr ausdrücken als nur den Dank für diese Unterrichtung.

Damit eröffne ich die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Schulze Föcking das Wort.

Christina Schulze Föcking (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine ganze Generation liegt zwischen dem letzten Familienbericht und dem, der uns heute vorliegt, den wir diskutieren. Wir alle wissen: Seither hat sich vieles verändert.

Diejenigen, die zum Zeitpunkt des letzten Familienberichtes geboren wurden, gründen heute ihre eigenen Familien. Eltern sind Großeltern geworden, Großeltern Urgroßeltern, Ehen wurden geschlossen, andere geschieden, neue Beziehungen wurden eingegangen mit unterschiedlichem rechtlichem Status. Und auch das Familienrecht und die familienpolitischen Leistungen wurden an vielen Stellen deutlich verändert.

Kurzum: Wenn eine Landesregierung nach einem Vierteljahrhundert einen neuen Familienbericht vorlegt, dann kann man vor allem eines sagen: endlich! Dieser Bericht ist nicht allein im Ministerium erdacht worden. Besonders herzlich danke ich daher auch all jenen, die als Einzelpersonen, als Vertreter von Institutionen und Verbänden zu dem Bericht, wie er uns heute vorliegt, beigetragen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist gut, dass die Familienpolitik mit diesem Bericht stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Da gehört sie auch hin. Wir brauchen mehr Anerkennung und Wertschätzung für das, was Menschen in der Familie an Fürsorge, Zuwendung, Liebe, Pflege, Erziehung und Bildung geben, ohne einen Cent dafür zu verlangen. Das ist wunderbar. Ein Staat, der das, was in der Familie geleistet wird, komplett durch staatliche Leistungen ersetzen wollte, wäre schnell ruiniert.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns fragen: Wie leben Familien in Nordrhein-Westfalen heute? Welche Wünsche und Erwartungen haben Familien und junge Menschen an ein gelingendes Familienleben? Was kann und muss die Landespolitik leisten? Und wo besteht konkreter familienpolitischer Handlungsbedarf?

Der Blick in den Bericht zeigt – die Ministerin hat dies auch besonders herausgestellt –: Das Familienleben ist in den letzten 25 Jahren vielfältiger geworden. In annähernd jeder fünften Familie erziehen Mutter oder Vater die Kinder allein. 7,3 % der Familien sind sogenannte Lebensgemeinschaften mit Kindern; darunter auch gleichgeschlechtliche Eltern. Es ist wichtig, einen genauen Blick auf diese Veränderungen zu werfen.

Aber manches ist auch unverändert – und das hätten Sie, Frau Ministerin, ebenfalls erwähnen können. Ich nenne an erster Stelle die hohe Wertschätzung, die die Ehe genießt. Rund 75 % der Eltern, die Kinder unter 18 Jahren großziehen, sind verheiratet.

Ein Zweites ist die enorme Wertschätzung für die Familie, gerade auch unter den jungen Menschen. Familie ist „in“. Politik kann einen Beitrag leisten, damit Familie auch wirklich gelebt werden kann.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das Dritte, das unverändert geblieben ist, ist die Überzeugung vieler Mütter und Väter, gerade in den ersten zwei Lebensjahren die eigenen Kinder zu Hause gut erziehen zu können. Das sind die objektiven Fakten des Berichts.

Jeder, der schon einmal über das Thema „Familie“ gesprochen hat, weiß, dass es sich um höchstpersönliche Überzeugungen und individuelle Erfahrungen handelt. Wie erlebe ich Familie?

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Asch: Ja, ich bin Mutter, und das von zwei schulpflichtigen Kindern. Ich weiß, wie das Leben mit Kindern ist. Sie machen glücklich, sie sind eine klare Bereicherung und ein großartiges Geschenk.

(Beifall von der CDU)

Aber natürlich gehören auch manche Sorgen dazu. Wenn ein Kind krank ist, wenn es in der Schule mal nicht so gut läuft – all das sind Sorgen, die sich Millionen Mütter und Väter machen. Hinzu kommen die Herausforderungen, wenn die eigenen Eltern krank werden und Hilfe benötigen. Auch dann stellt sich oft die Frage, wie all das bewältigt und mit dem Beruf in Einklang gebracht werden kann.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen ebenfalls, vor welchen Herausforderungen Familien in Nordrhein-Westfalen stehen, vor allem Familien mit kleinen Kindern. Ich will nur einige nennen: Frauen und

Mütter wollen am Berufsleben teilhaben – zu einem nicht geringen Teil müssen sie das auch –, aber sie wünschen sich flexible Teilzeitmodelle und keine starr vorgegebene Stundenmodelle.

Besorgniserregend ist oftmals auch die Situation von Alleinerziehenden; Sie sagten es bereits. Auch die Erfahrung, dass es an Zeit für das Familienleben fehlt, bedeutet eine Herausforderung, ebenso wie die finanzielle Benachteiligung von Familien mit Kindern im Vergleich zu kinderlosen Paaren und Alleinstehenden.

(Beifall von der CDU)

Man muss sich schon fragen, was angesichts dieser zahlreichen Probleme, die der Bericht auflistet, die präventive Finanzpolitik der Ministerpräsidentin den Familien in unserem Land bisher eigentlich gebracht hat.

(Beifall von der CDU)

In der Summe ist der Familienbericht daher vor allem ein umfangreiches Lastenheft, das die scheidende Ministerin ihrer Nachfolgerin auf den Schreibtisch gelegt hat.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP] – Zurufe)

Denn im Familienbericht sind vor allem viele Aufgaben beschrieben. Was unsere Familien aber brauchen, sind Lösungen für ihre ganz konkreten Probleme. Wie müssen diese Lösungen aussehen? Was können wir tun? Für uns als Union ist die Wahlfreiheit der Maßstab. Wir tun gut daran, Familienpolitik auch einmal etwas grundsätzlicher zu diskutieren.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Die Einsicht liegt doch auf der Hand. Wenn sich die Familienpolitik konsequent an den Wünschen und Bedürfnissen von Familien orientieren soll, dann heißt das, Menschen dabei zu unterstützen, ihr höchstpersönliches Familienbild auch zu verwirklichen.

(Beifall von der CDU)

Das bedeutet, Freiräume für Familien zu schaffen – Freiräume, in denen sie über Familienmodelle, Kindererziehung und die Balance von Familienpflege und Erwerbsarbeit frei entscheiden können; darüber, ob Oma und Opa im hohen Alter in der eigenen Wohnung leben können und von den Kindern betreut werden, oder ob sie lieber in ein Seniorenwohnheim ziehen möchten; darüber, wie Vater und Mutter Erwerbsarbeit und Familienzeit untereinander aufteilen oder die Hausarbeit organisieren, ab welchem Zeitpunkt die Kinder in die Kita möchten und kommen, ob es eine städtische Kita sein soll oder eine, die beispielsweise von der Pfarrgemeinde oder dem DRK geleitet wird.

All das sind Entscheidungen, die Eltern eigenverantwortlich zum Wohle ihrer Kinder treffen wollen.

Das ist die Wahlfreiheit, wie wir sie als Christdemokraten verstehen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Und an diesem Maßstab messen wir, wie es um die Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen steht.

Aber wie sieht die Realität aus?

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

Da kann man nichts schönreden, Frau Ministerin, gar nichts! Nordrhein-Westfalen bildet bei den U3-Betreuungsplätzen noch immer das Schlusslicht in ganz Deutschland. Das ist das Gegenteil von Wahlfreiheit!

(Beifall von der CDU – Armin Laschet [CDU]: So ist es! Aber so eine Klappe!)

Zur Wahlfreiheit gehört auch die Trägervielfalt. Wenn die Kirchen und andere Träger in Nordrhein-Westfalen Alarm schlagen, weil die Kindpauschalen nicht auskömmlich sind, dann ist auch das eine große familienpolitische Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

(Beifall von der CDU)

Des Weiteren darf es auch nicht sein, dass nach den BAföG-Mitteln nun auch die Mittel aus dem Betreuungsgeld im allgemeinen Haushalt versickern. Diese Mittel müssen konkret den Familien zugutekommen.

(Beifall von der CDU)

Immer mehr Eltern wünschen sich einen Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Auch hier muss die Landesregierung mehr tun. Die gute Arbeit der Familienzentren sowie der Familienberatung und Familienbildung – insbesondere die der Kirchen und der freien Wohlfahrtspflege – braucht mehr politische Unterstützung.

Und ja, mit dem Zuzug von Hunderttausenden von Flüchtlingen ist eine weitere gewaltige Aufgabe für die Familienpolitik hinzugekommen. Wir müssen alles dafür tun, damit die Kinder, die aus Syrien oder dem Irak nach Deutschland kommen, eine gute Zukunft in unserem Land haben.

(Beifall von der CDU)

Gerade erst am Samstag habe ich ein kleines Mädchen aus Syrien kennengelernt. Sie hat binnen vier Monaten ein richtig gutes Deutsch gelernt. Hier steckt unglaublich viel Potenzial. Wir müssen diesen Kindern eine Chance geben, sie integrieren und ihnen vor allem helfen.

(Beifall von der CDU)

Schließlich müssen wir mehr denn je in die frühkindliche Bildung investieren, so wie das alle Fraktionen im gemeinsamen Bericht der Enquetekommission

„Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte“ formuliert haben.

(Beifall von der CDU)

Hier im Landtag und vor allem in der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ muss es darum gehen, die Familien zu stärken und den Kindern gute Perspektiven zu bieten. Wir brauchen aber nicht nur Reden und Gipfel – es muss angepackt werden!

(Beifall von der CDU)

Ziel meiner Fraktion ist es, Familien dort zu unterstützen, wo sie Hilfe benötigen, damit sie ihre Aufgaben verlässlich und aus eigener Verantwortung heraus erfüllen können. Wir wollen ein positives Klima für Familien, wir wollen ein Nordrhein-Westfalen, das Kindern Chancen eröffnet und ihnen Wege bereitet. Wir wollen ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen, das auch in Zeiten demografischer Veränderungen stark und liebenswert bleibt.

(Langanhaltender Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Hack.

Ingrid Hack (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vielen Dank, Frau Schulze Föcking, ich kann mich Ihrem Dank an diejenigen, die den Bericht erstellt haben und daran beteiligt waren, durchaus anschließen. So sollte auch meine Rede beginnen. Das möchte ich ausdrücklich sagen.

In anderen Punkten – das haben Sie sicher auch nicht anders erwartet – unterscheiden wir uns. Das ist auch ganz gut so, weil wir von vielen Bürgerinnen und Bürgern oft hören: Die Parteien wollen doch immer alle das Gleiche. Was sollen wir da eigentlich noch diskutieren?

Die Familienpolitik ist aus meiner Sicht – und an Ihrer Rede hat sich das teilweise auch wieder gezeigt – ein Thema, bei dem wir unterschiedliche Ansichten verfolgen und möglicherweise auch unterschiedliche Ziele und Wege im Auge haben. Zu diesem Zweck ist – Sie haben es ebenfalls erwähnt – die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ unter anderem auch eingerichtet worden. Aber darum soll es heute konkret nicht gehen.

Wie gesagt: Mein ganz herzlicher Dank gilt Frau Ministerin Schäfer und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus, die diesen Bericht mit ermöglicht haben. Mein Dank gilt auch dem Beirat und vor allen Dingen den Familien, die dazu beigetragen haben, dass wir nun nach 25 Jahren – es ist schon erwähnt worden – wieder eine umfangreiche Information zur Lage der Familie vor Augen haben.

Dies als Lastenheft zu bezeichnen, Frau Schulze Föcking, finde ich ein bisschen unangebracht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schließlich handelt es sich um Aufgaben zur Zukunftsgestaltung unseres Landes. So viel Zeit muss sein.

Den mitwirkenden Familien gilt, wie gesagt, mein ganz besonderer Dank. Ich danke ihnen dafür, dass sie sich Zeit für diese Dialogveranstaltungen und die Auseinandersetzung genommen haben. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Probleme, die der vorliegende Bericht benennt: Die größten Probleme von und für Familien sind Zeit und Zeitsouveränität. Es würde aber meines Erachtens dem Inhalt und Umfang des Berichts nicht gerecht, würden wir seine Aussage auf diese eine Thematik beschränken.

Der bereits in unserer rot-grünen Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Bericht beleuchtet vielmehr eine Vielzahl von Themen – sie sind bereits angeklungen – des Familienlebens, des Alltags, von Sorgen und Wünschen, von Hindernissen, aber auch von Gelingendem an dem Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Generationen füreinander Verantwortung übernehmen. So lautet auch die Definition, die der Bericht gewählt hat.

Lassen Sie mich nun nur einige wenige Befunde nennen, die aus meiner Sicht deutlichen Veränderungsbedarf – da stimme ich völlig zu – signalisieren. Inzwischen hinreichend bekannt ist, dass viele Mütter den Wunsch haben, ihre Erwerbstätigkeit auszudehnen, wohingegen viele Väter den Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit haben. Die Realität sieht aber anders aus. Das ist bereits in der bisherigen Arbeit unserer Enquetekommission thematisiert worden, und es wird uns auch weiterhin beschäftigen.

Der Umsetzung dieser Wünsche stehen jedoch Anforderungen der persönlichen und der familiären Existenzsicherung entgegen, vor allem aber Anforderungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Väter und Mütter werden am Arbeitsplatz eben nicht in diesen Rollen bzw. Funktionen gesehen, sondern schlicht in ihren Funktionen für den Job, der gemacht werden soll.

Ich will hier ausdrücklich nicht diejenigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ansprechen, die bereits eine ganze Menge in dieser Hinsicht geändert haben.

Aber ich appelliere ganz deutlich an diejenigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die nach wie vor beispielsweise Teilzeit und Führungsposition als ein Ding der Unmöglichkeit betrachten, die nach wie vor ausschließlich Arbeit im Betrieb für den Beweis von Arbeitseinsatz halten und die familienbewusste Arbeitszeitmodelle für – so will ich es einmal nennen – überflüssige Spielerei halten. Besonders Väter mit

Wünschen nach mehr Familienzeit sind von dieser traditionellen Ausgestaltung der Arbeitswelt betroffen.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass hier eine Öffentlichkeitskampagne – so wichtig Information und Sensibilisierung an dieser Stelle sind – nicht ausreichend für Veränderung sorgen kann. Spürbare Verbesserungen können meines Erachtens nur verbindliche Regelungen schaffen – sei es in Tarifvereinbarungen, sei es in gesetzlichen Regelungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will auf ein weiteres Ergebnis der Familienbefragung eingehen – auch das haben Sie, Kollegin Schulze Föcking, angesprochen –: Zahlreiche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien sind denjenigen, die ihrer besonders bedürfen, nicht bekannt und werden von ihnen deshalb auch nicht genutzt. Die Befragung zeigt, dass dies besonders häufig auf Familien mit niedrigem Bildungsstand, Familien mit niedrigem Einkommen und Familien mit Migrationshintergrund zutrifft.

Ich zitiere:

„Es geht darum, mehr Eltern zu erreichen, die zwar Unterstützungsbedarf haben, die Angebote aber nicht von sich aus nutzen.“

Diese Anforderung aus den Eckpunkten müssen wir meines Erachtens sehr zügig umsetzen und die Familienberatungs- und -bildungsangebote verbindlicher aufsuchend gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich freut die Erkenntnis des Berichts, dass die Verbindungen zwischen den Generationen als sehr gut und hilfreich eingeschätzt werden – ich zitiere –, „weshalb ‚von sich auflösender Solidarität zwischen den Generationen nicht gesprochen‘ werden kann“.

Allzu oft – das stelle ich zumindest öfter fest – wird dieser positive Sachverhalt nicht ausreichend gesehen. Er ist aber ein Wert für Familien in unserem Land.

Sehr positiv bewerte ich auch den Umgang des Berichts mit der Frage, ob Familien mit Migrationshintergrund ein besonderes – besser: gesondertes – Augenmerk zukommen soll. Nicht nur angesichts der aktuellen Situation, die zahlreiche Familien unterschiedlichster Herkunft nach Deutschland und damit auch in unser Bundesland führt, ist die Betrachtung ihrer spezifischen Chancen und Bedarfe vorausschauend und absolut angebracht. Auch im Hinblick auf die Geschichte unseres Landes, die zahlreiche Integrations- und Migrationsbewegungen erlebt hat, ist es wichtig, dem gerecht zu werden und ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ohne dass dies segregierenden Charakter in diesem Bericht oder in unserer Politik haben soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss sei mir eine grundsätzliche Anmerkung erlaubt. Ausgehend von der Zeitproblematik von Familien stelle ich fest, dass Familien ihre Zeit in die Organisation und die Bedarfe anderer einbauen müssen. Nicht Familienzeit bestimmt die Aufteilung des Alltags, sondern vor allem die Zeit für Erwerbsarbeit. Daraus spricht die Wertung, die Familie genießt. Sie ist eben nicht Taktgeber in unserer Gesellschaft, sondern hat sich immer noch nach anderem und anderen zu richten, deren Funktionieren reibungslos erfolgen muss, beispielsweise Produktionsabläufen.

Völlig unterschätzt wird meines Erachtens die Leistung von Familien als Investoren in unserem Land – in Bildung, in Konsum, in Mobilität. Familien investieren in gelingendes Aufwachsen, in zufriedenstellende Lebensgestaltung der erwerbstätigen Generation. Sie erbringen Leistungen für würdiges und gesundes Altern.

Diese – lassen Sie es mich so nennen – Produkte und ihre Wachstumschancen sollten Maßstab für uns sein. Sie sollten die Kennziffern bilden, nach denen wir den Zustand unseres Landes bemessen. Dann kann gelingen, was der Bericht benennt: Familien gestalten Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hack. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich meinen persönlichen Dank – auch im Namen der FDP-Fraktion – an die Ministerin richten. Ich möchte Ihnen recht herzlich für die geleistete Arbeit der letzten fünf Jahre danken. Auch wenn wir auf dem Weg nicht immer einer Meinung waren, habe ich sehr bewundert, dass Sie stets äußerst respektvoll mit uns diskutiert haben, immer einen fairen Diskurs gesucht haben und die andere Meinung akzeptiert und respektiert haben. Vielen Dank für diese Arbeit!

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen)

Frau Ministerin, wir müssen heute auf Ihren Wunsch hin aber noch eine wichtige Grundsatzdebatte über die Familienpolitik führen. Sie haben einen Familienbericht in Auftrag gegeben und vorgelegt. Ich bin froh, dass wir ihn heute in dieser Form diskutieren können, weil er doch einige Elemente enthält, über die man unterschiedlicher Auffassung sein kann.

Wichtig ist in unserer heutigen Zeit mit Sicherheit das Thema „Zeit, Zeitmanagement, Zeitknappheit“. Familienpolitik besteht aber nicht nur aus Zeitpolitik, sondern umfasst viel mehr.

Wenn man sich die ersten Seiten mit der statistischen Auswertung der zusammengetragenen Zah-

len anschaut, stellen wir leider einige Aspekte fest, bei denen Nordrhein-Westfalen noch Aufholbedarf hat. In den letzten Jahren – unter Schwarz-Gelb angefangen, unter Rot-Grün fortgeführt – ist zwar viel im Bereich des U3-Ausbaus passiert. Aber – die CDU hat es freundlicherweise angesprochen – Nordrhein-Westfalen ist mit einer Betreuungsquote von 24 % immer noch bundesweites Schlusslicht. Hier liegt noch ein großer Aufgabenbereich vor dieser Landesregierung, Fahrt aufzunehmen.

Wenn man sich die Daten weiter anschaut, stellt man fest, dass die Landesregierung sie an der einen oder anderen Stelle sehr individuell interpretiert hat, eigene Schlussfolgerungen gezogen hat und gewisse Punkte nicht in den medialen Fokus gestellt hat.

Insbesondere drei Punkte möchte ich ansprechen:

In diesem Bericht ist zum Beispiel keine Aussage vorhanden, ob für Familien eher gute Betreuungsmöglichkeiten wichtig sind oder eher Familienzeit vorne steht. Gerade wenn die SPD sich dieses Thema so auf die Fahne schreibt, wäre es doch wichtig, eine solche Aussage einmal in einem Familienbericht zu behandeln.

(Beifall von der FDP)

Der zweite Punkt baut auf der ersten Aussage auf. In dem Bericht steht: 39 % der Eltern möchten mehr Familienzeit haben. – Aber genauso wichtig ist – das geht in der Debatte immer wieder unter –, dass 37 %, also nur 2 % weniger, eine exzellente, bedarfsgerechte Kitabetreuung haben möchten, die offensichtlich noch nicht vorliegt. Sonst wäre der Wunsch nicht so groß.

Dann kann man das Ganze einmal weiterspinnen. Sie haben gefragt, warum manche Eltern in Nordrhein-Westfalen keinen Kitaplatz für unter Dreijährige in Anspruch nehmen. Nach den statistischen Auswertungen sind das 65 % der Eltern. Ihre Aussage ist, dass diese Eltern das gar nicht haben möchten. Wenn man sich den Familienbericht aber genau anschaut, stellt man fest, dass 20 % dieser Eltern gar keinen Betreuungsplatz bekommen haben.

Damit kommen wir zum eigentlichen Skandal hier in Nordrhein-Westfalen: 155.000 U3-Plätze haben wir in Nordrhein-Westfalen. Diese stehen für ungefähr 35 % aller Kinder zur Verfügung, und insgesamt reden wir von rund 285.000 Kindern ohne Betreuungsplatz. Wenn man jetzt davon ausgeht, dass von diesen 285.000 Kindern ein Fünftel gar keinen Platz in Nordrhein-Westfalen gefunden hat, dann fehlen in Nordrhein-Westfalen 57.000 Plätze für U3-Kinder. Insofern ist es für mich unverständlich, dass diese Landesregierung keinen einzigen zusätzlichen Cent in den Haushalt eingestellt hat, um U3-Investitionen auf den Weg zu bringen. Das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wenn wir über eine bedarfsgerechte Kitabetreuung sprechen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch Familienzeit ermöglicht, müssen wir natürlich auch über die Auskömmlichkeit der Finanzierung sprechen. Da ist in den letzten Jahren sicherlich viel getan worden. Das haben wir auch nie in der Summe, sondern nur in der Ausführung kritisiert. Man muss sich aber auch einmal anschauen, was Schwarz-Gelb in das Gesetz geschrieben hat:

(Heike Gebhard [SPD]: Warum hat man es nicht von Anfang an besser ausgestattet?)

Wir haben hineingeschrieben, dass die Dynamisierung überprüft werden soll, dass die Kindpauschalen überprüft werden sollen. – Das Gesetz wurde an dieser Stelle einfach missachtet.

Fünf Jahre diskutieren wir in diesem Parlament über die Auskömmlichkeit der Kindpauschalen und darüber, ob sie konnexitätsrelevant sind oder nicht. Mittlerweile ist die Situation so brenzlich, dass mehrere Träger und insbesondere die Kirchen gesagt haben, dass nächstes Jahr 80 % der Kitas defizitär laufen.

Was macht diese Landesregierung zurzeit? Es wird einfach keine Aktivität entfaltet, um dieses Problem anzugehen. Wir finden keine zusätzlichen finanziellen Mittel im Haushalt. Es gibt keinen Gesetzentwurf, der das auf den Weg bringt. Es wird noch einmal das Angebot von der Opposition wahrgenommen, gemeinsam diesen Weg zu gehen und die Träger dabei zu unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Auf der anderen Seite werden für 160 Millionen € die Elternbeiträge für das dritte Kindergartenjahr abgeschafft – ein Wahlversprechen, das SPD und Grüne zu Recht umsetzen.

Aber die Frage ist doch: Wo liegen die Prioritäten in diesem Land? Wollen wir nicht erst einmal einen vernünftigen U3-Ausbau gewährleisten? Wollen wir nicht erst einmal schauen, dass die Qualität an den Kitas stimmt und die Finanzierung sichergestellt ist, bevor wir in einem hoch verschuldeten Land wie Nordrhein-Westfalen eine Beitragsfreiheit einführen? Deswegen halte ich das für eine falsche Prioritätensetzung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir können das Thema auch noch weiterspinnen. Wenn man über Kitas hinausschaut, stellen wir fest, dass in der Kindertagespflege viel vom Glück abhängt, wo sich die Tagesmutter oder der Tagesvater gerade selbstständig macht. Wir haben eine komplett unterschiedliche Landschaft in Nordrhein-Westfalen. In den letzten fünf Jahren wurde die Situation sogar verschärft, indem das Zuzahlungsverbot ohne Kompensation eingestellt wurde. Die Tagesmütter und Tagesväter

berichten von schwierigen Situationen. Vertreter aller Fraktionen haben vor Kurzem in Köln an einer spannenden Diskussion dazu teilgenommen. Angesichts der bestehenden Herausforderungen, die dort deutlich geworden sind, erwarte ich von einer Landesregierung, dass diese Probleme aktiv angegangen werden.

(Beifall von der FDP)

Noch eine letzte Anmerkung – das ist ein Appell an die neue Ministerin, aber insbesondere auch an das Parlament und die regierungstragenden Fraktionen –:

Wenn man Familienpolitik machen möchte, dann muss man das, was dieser Landtag beschlossen hat, regelmäßig überprüfen. Wir geben Steuergelder in Millionen- und Milliardenhöhe aus. Insofern muss man familienpolitische Leistungen evaluieren – darauf hat der Steuerzahler einen Anspruch – und schauen, ob diese Leistungen auch wirklich da ankommen, wo sie hingehören.

Ich finde es unverantwortlich, dass Sie sich in diesem Landesparlament solchen Maßnahmen verweigern, und würde mir wünschen, dass Sie hier zur Einsicht kommen und das auf den Weg bringen, was der Steuerzahler erwartet, nämlich die Evaluation familienpolitischer Leistungen, um zu sehen, wo dieses Geld wirklich vernünftig eingesetzt wird.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf die weiteren Debatten in diesem Haus zum Thema „Familienpolitik in den nächsten Jahren“.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 25 Jahren legt diese Landesregierung einen Familienbericht vor. Frau Ministerin Schäfer danke ich ausdrücklich dafür, dass sie das angepackt hat. Ich möchte ihr auch ausdrücklich dafür danken, dass sie das unter großer Beteiligung der Familien getan hat. In diesem Bericht wird nämlich nicht nur über Familien gesprochen und nicht nur ihre Situation beschrieben. Vielmehr kamen die Familien selber zu Wort und haben ihre Bedürfnisse, ihre Wünsche geäußert. Ich glaube, das ist der gute Stil, den wir als Rot-Grün pflegen, dass wir Beteiligte ... dass wir Betroffene zu Beteiligten machen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Beteiligte zu Betroffenen! So ist das richtig!)

Danke, Frau Schäfer, dass Sie das auch in diesem Punkt umgesetzt haben!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lutz Lienenkämper [CDU]: Beteiligte zu Betroffenen! So ist das!)

In diesen letzten 25 Jahren hat sich Familie deutlich geändert. Familien sind heute bunt und vielfältig. Wir haben Patchworkfamilien. Es gibt viele Alleinerziehende. Die Regenbogenfamilien kommen hinzu. Ein großer Teil der Familien mit Kindern hat einen Migrationshintergrund. Und noch etwas hat sich geändert: Es gibt ein Verständnis von Familie, das sehr viel weiter gefasst ist – nämlich, dass Familie überall dort ist, wo Menschen füreinander verbindlich Verantwortung übernehmen.

Dieser Bericht zeigt uns ein sehr detailliertes Bild von der Situation und den Bedürfnissen der Familien in Nordrhein-Westfalen. Und eines zeigt er in aller Deutlichkeit – meine Vorrednerinnen haben das zum Teil aufgegriffen –: Er zeigt, dass Familien vielfach in der Zeitfalle sitzen.

Familien und Eltern fehlt es vor allen Dingen an Zeit. 55 % der Befragten gaben an, zu wenig Raum für die Familie zu haben. 68 % nennen als Grund dafür, dass sie zu lange arbeiten müssen und zu unflexiblere Arbeitszeiten haben; das lasse ihnen zu wenig Raum für die Familie und insbesondere für die Kinder. Gerade die jungen Väter – das ist ein bemerkenswerter Wandel im Rollenverständnis – wünschen sich, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können.

Das zeigt den Rollenwandel. Aber auch noch eine andere Zahl macht deutlich, dass junge Menschen aus diesen traditionellen Rollenbildern ausbrechen wollen; denn 45 % der befragten Eltern wünschen sich, dass beide Elternteile erwerbstätig sind und sich gemeinsam um Haushalt und Familie kümmern. Das ist doch eine sehr positive Erkenntnis, die Anlass zu Hoffnung gibt.

Allerdings halten die Bedingungen der Arbeitswelt diesen Wünschen nicht stand. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In einem Drittel der Familien sind die Männer immer noch die Alleinverdiener. Die Erwerbsquote von Frauen in Paarfamilien liegt heute immer noch bei insgesamt nur 64 %.

Die Zahl der Familien, in denen die Väter oder beide Elternteile in Teilzeit arbeiten, ist mit 3 % verschwindend gering. Auch die Anzahl der Väter, die in Elternzeit gehen, ist übrigens sehr gering. Wir haben immer noch den großen Anteil der Zweimonatsväter, die diese zwei Monate zusätzlich nehmen und bei ihren Kindern zu Hause bleiben, aber danach die Sorgearbeit wieder den Müttern überlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier sind Wirtschaft und Politik gefordert, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, um Raum und Zeit für das Miteinander in der Familie und die Sorgearbeit für Kinder, aber auch die Sorgearbeit für zu pflegende Angehörige zu ermöglichen.

Dazu gibt es Modelle, die eine Reduzierung der Arbeitszeit oder eine flexible Ausgestaltung der Wochenarbeitszeit in bestimmten Zeitfenstern vorschlagen. Sie liegen auf dem Tisch.

Es liegt im eigenen Interesse der Arbeitgeber und der Wirtschaft, sich solchen Vorschlägen nicht zu verschließen. Sie dienen nämlich auch der Fachkräftesicherung. Last, but not least dienen sie dem Erhalt von motivierten, glücklichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Was kann sich ein Arbeitgeber Besseres wünschen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erfreulich ist, dass seit 2008 der Anteil der erwerbstätigen Mütter von Kindern im Alter von einem Jahr um immerhin 4,3 % und von Kindern im Alter von zwei Jahren um 4,7 % gestiegen ist. Das ist natürlich der gestiegenen U3-Betreuungsquote zu verdanken, die – wir wissen es – für die Ein- und Zweijährigen in Nordrhein-Westfalen bei 54,9 % liegt. Wir arbeiten weiter daran, dass wir da noch besser werden und noch mehr dem Bedarf von jungen Eltern gerecht werden.

Wir setzen in der Kita aber nicht nur auf Quantität, sondern insbesondere auf den qualitativen Ausbau. Da freue ich mich besonders über einen Punkt, der in dem Familienbericht enthalten ist und den Frau Ministerin Schäfer bereits erwähnt hat. 76 % der Eltern von Kindern in einer U3-Betreuung bewerten die Betreuungsqualität als sehr gut oder gut. Das zeigt, dass wir mit unserer rot-grünen Politik erfolgreich sind. Rot-Grün wirkt für die Kinder und für die Familien.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen diese positive Resonanz auch als Ansporn und werden weiterhin die Qualität der frühkindlichen Bildung in den Mittelpunkt stellen.

Herr Hafke, Sie brauchen sich gar nicht zu sorgen. Die Haushaltsberatungen stehen bevor. Dann werden wir sehen, welche Fraktion welche substanziellen Vorschläge auf den Tisch legt. Hier sollten wir nicht vorgreifen.

Ein Aspekt ist mir noch wichtig. Frühkindliche Bildung wirkt präventiv gegen Armut. 18 % Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen – das ist eine Herausforderung, die wir gemeinsam mit dem Bund bewältigen müssen. Wir haben die plusKITA eingeführt. Wir haben einen wichtigen Schritt gemacht, um die Armutsspirale, in der sich Kinder und Familien befinden, zu stoppen.

Aber hier ist auch der Bund gefragt. Es geht auch um materielle Armut. Der materiellen Armut können wir letztendlich nur begegnen, indem wir eine Kindergrundsicherung einführen, damit Kinder in Deutschland für Eltern nicht weiter ein Armutsrisiko sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir leben heute in einem Bundesland mit 19 % Alleinerziehenden. Das ist eine hohe Zahl. Gerade diese Frauen sind besonders armutsgefährdet. Hier zeigt sich, dass wir darauf noch einmal ein großes Augenmerk legen müssen und eine besondere Unterstützung anbieten müssen.

Meine Damen und Herren, der Familienbericht ist eine gute Grundlage, an die wir für unsere Politik für Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen anknüpfen können. Ich freue mich, dass die scheidende Familienministerin Ute Schäfer angekündigt hat, dass der Bericht weiter fortgeschrieben wird. Ich hoffe, dass ihre Nachfolgerin das auch aufgreifen wird.

Frau Schäfer, Ihre Nachfolgerin hat ja schon angekündigt, dass der Familiengipfel, den Sie vorgeschlagen haben, umgesetzt wird. Das ist wichtig und richtig; denn wir brauchen starke Partnerinnen. Wir brauchen auch ein Umdenken in der Wirtschaft. Es ist wichtig, dass die Unternehmen da mit am Tisch sitzen, um Familie in Nordrhein-Westfalen stark und lebbar zu machen.

Zum Schluss, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, dass ich mich bei der Frau bedanke, die in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen die Familienpolitik geprägt hat. Das ist Ute Schäfer. Liebe Ute, ich möchte mich ausdrücklich für unsere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Wir haben gemeinsam viel auf den Weg gebracht und manche schwierige Herausforderung in sehr gutem Einvernehmen miteinander bewältigt. Ich danke dir ausdrücklich und sehr für deine große Leistung, die du für Familien und für Jugendliche und Kinder in Nordrhein-Westfalen erbracht hast.

Als du 2010 dieses Ressort übernommen hast, gab es ganz viel Misstrauen im Lande gegenüber der Landespolitik und auch gegenüber dem Ministerium. Du hast es geschafft, dass neues Vertrauen in die Politik des Landes entstehen konnte. Das ist eine sehr große Leistung, die nicht hoch genug zu bewerten ist. Du hast in vielen Gesprächen und Veranstaltungen Menschen zugehört und Beteiligung – wie wir auch jetzt am Familienbericht sehen – möglich gemacht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Die ganz große Herausforderung, den U3-Rechtsanspruch zu gewährleisten, hast du gegen alle Kassandrarufe zum Erfolg gebracht. Ich glaube, mit diesem Meilenstein wird auch dein Name weiter verbunden bleiben.

Ich wünsche dir alles Gute für deine Zukunft. Genieße die Zeit, die du jetzt mehr haben wirst. Danke schön für alles!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Piraten hat Herr Kollege Düngel das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer! Ich komme gleich ganz zum Schluss noch einmal dazu und werde auch ein paar persönliche Worte an Sie richten. Dem Jubelschrei, den Frau Kollegin Asch gerade ausgerufen hat, kann ich mich natürlich nicht ganz anschließen. Ich bin mir auch unsicher, ob für eine scheidende Familienministerin der Familienbericht, also sozusagen Familienpolitik in der Retrospektive, die richtige Themenwahl ist, weil es ja tatsächlich sehr viele kritische Punkte gibt, die auch ganz klar aus diesem Familienbericht hervorgehen.

Wir ziehen also heute Bilanz Ihres familienpolitischen Wirkens im Land. Frau Ministerpräsidentin Kraft hat für Ihren Bereich den Wahlkampf eingeläutet. Das Ministerium wird verjüngt. Die digitale Revolution zieht ins Familienministerium ein – so hoffen wir Piraten jedenfalls.

(Zuruf von den PIRATEN: Mal sehen!)

Wie weit Frau Kampmann als Fachfremde in Sachen Familienpolitik allerdings wirklich Zeichen setzen kann, bleibt abzuwarten. Baustellen, um notwendige Zeichen zu setzen, gibt es jedenfalls genug.

„Familien gestalten Zukunft“ ist der Titel des Familienberichts. Mich bewegt seit Tagen die Frage: Warum jetzt, warum erst jetzt, warum 20 Jahre zu spät? Sie haben es eben selbst erwähnt, Frau Ministerin: Das ist nach 25 Jahren der zweite Familienbericht in Nordrhein-Westfalen.

Sie selbst haben diesen Verantwortungsbereich fünf Jahre lang geleitet. Das ist sicherlich ein Zeitraum, nach dem es dann auch angemessen ist, in einem solchen Familienbericht zurückzuschauen und einen Ausblick nach vorne zu wagen. Ich glaube aber, dass wir uns in diesem Haus einig sind, dass da in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Menge liegen geblieben ist.

In Ihrer Partei dauerte dieser Prozess 20 Jahre. Innerhalb der SPD ist das möglicherweise sogar relativ schnell. Schließlich hat sie in der Vergangenheit auch einen Kanzler gestellt, der Familienpolitik als „Gedöns“ bezeichnet hat. Insofern kann ich schon nachvollziehen, dass es in Ihrer Partei vielleicht ein bisschen länger dauert, der Familienpolitik einen gewissen Stellenwert zu geben.

Schauen wir auf Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen lebt heute schon jedes dritte Kind unterhalb der Armutsgrenze. Wie Frau Schulze Föcking zu Beginn schon ausgeführt hat, haben wir große Herausforderungen, die die aktuelle Flüchtlingssituation mit sich bringt. Wir sehen gerade im Famili-

enministerium wenige Vorbereitungen, was die frühkindliche Bildung für Flüchtlingskinder angeht. Auch diese Familien, die in den letzten Wochen und Monaten zu uns gekommen sind und auch in der nächsten Zeit zu uns kommen werden, sind Familien in Nordrhein-Westfalen.

„Refugees welcome“ haben wir schon mehrfach gesagt. Dazu werden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt sicherlich auch noch einiges hören. Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Satz: Auch wenn oder gerade weil es große Herausforderungen sind, denen wir dort entgegensetzen, ist es wichtig, in dieser Zeit immer und an jeder Stelle Zeichen gegen Wutbürger, gegen sogenannte besorgte Bürger und gegen Nazis zu setzen und sich ihnen entgegenzustellen.

(Beifall von den PIRATEN)

Zurück zum Familienbericht: Es sind jetzt Investitionen für Menschen, vor allem in Bildung und Wohnraum, vordringlich und notwendig. Beitragsfreie Bildung im Elementarbereich darf nicht von haushalterischen Freiräumen abhängig sein. So steht es im Familienbericht. Wenn das nämlich Voraussetzung ist, ist es nicht weit her mit dem familienpolitischen Ziel der regierungstragenden Fraktionen: Bildung beitragsfrei – in der Kita, in der Schule, an der Uni, überall.

Herr Hafke hatte eben die Kindpauschalen angesprochen. Zur Wahrheit gehört natürlich nicht nur, dass die jetzige Landesregierung das vier, fünf Jahre lang liegen gelassen und das Gesetz ignoriert hat, sondern auch, dass schon bei der Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes allen Beteiligten klar war, dass diese Kindpauschale nicht ausreichen wird. Das muss man fairerweise dazusagen.

Herr Hafke hat außerdem angesprochen, dass im Familienbericht auch steht, Familienpolitik sei wissenschaftsbasiert geworden. Wir haben uns erst in der letzten Ausschusssitzung im Rahmen der Aussprache über eine Große Anfrage der FDP-Fraktion und auch im Plenum darüber unterhalten.

Das meiste, was man bei den Antworten auf die Große Anfrage gesehen hat, war, dass nur wenige familienpolitische Leistungen tatsächlich wissenschaftlich evaluiert werden. Da widerspricht sich etwas. Da müssen Sie in Zukunft noch eine ganze Menge tun.

Sie bleiben den Menschen in diesem Land eine wirklich zukunftsfähige Familienpolitik schuldig. Die Frage bleibt: Werden die notwendigen Schritte für Familie 4.0 eingeleitet? Der Familienbericht scheint nicht wegweisend für eine gute Zukunft bei der laufenden digitalen Revolution zu sein.

Ich möchte die verbleibende Zeit für einen Blick nach vorne nutzen. Wie werden Familien in Zukunft leben und arbeiten? Wie bereiten wir Familienpolitik auf das digitale Zeitalter vor? Ich zitiere:

„Die technologische Entwicklung ermöglicht es, dass nicht mehr jede monotone, wenig sinnstiftende oder sogar gefährliche Aufgabe von Menschenhand erledigt werden muss. Wir sehen dies als großen Fortschritt, den wir begrüßen und weiter vorantreiben wollen. Daher betrachten wir das Streben nach absoluter Vollbeschäftigung als weder zeitgemäß noch sozial wünschenswert. Stattdessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligt werden und werden dazu die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüfen.“

Piraten-Grundsatzprogramm!

Die digitale Revolution verlangt mehr als nur eine neue Zeitpolitik, wie sie auf Bundesebene bereits im Siebten und Achten Familienbericht der Bundesregierung als Erkenntnisgewinn vorliegt. Es braucht mehr als eine neue Zeitpolitik, in der das Flächenland Nordrhein-Westfalen irgendwie als Pilotprojekt erhalten muss. Zeitpolitik ist vor allem auch Folgendes: zum Ersten Finanzpolitik, zum Zweiten Arbeitsmarktpolitik und zum Dritten Sozialpolitik.

Zeit alleine ist eine endliche Ressource. Davon haben wir 24 Stunden. Das ist in Ergänzung mit den weiteren politischen Feldern zu sehen. Der Doppelverdienerfamilie im Schichtbetrieb ist nicht damit geholfen, dass sie ausreichend Geld hat, wenn dann keine Zeit für Familie da ist. So ist auch der Hartz-IV-Familie nicht geholfen, wenn sie zwar die Zeit, aber nicht das Geld zur Verfügung hat, um vielleicht gemeinsam in den Zoo zu gehen oder um auch nur die Fahrt mit Bus und Bahn zu finanzieren.

Wir müssen Visionen erarbeiten und über den Tellerrand denken. Wir müssen Familien die benötigte Infrastruktur für eine digitale Teilhabe bereitstellen. Familien muss in Nordrhein-Westfalen sofort das Recht auf freien Zugang zu Informationen und kostenfreier digitaler Bildung gewährleistet werden. Wir fordern, jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Bereitstellung einer familienfreundlichen Infrastruktur befreit Familien aus dem geschilderten Ökonomisierungsdruck.

Last, but not least trennen uns bei der Definition von „Familie“ immer noch Welten. Piratige Familienpolitik findet in diesem Ministerium nicht statt. Das zeigt der Familienbericht schon auf den ersten Seiten. Da ist weder von Queer- noch von Regenbogenfamilien die Rede. Das ist erst wesentlich später und auch viel, viel, viel zu wenig der Fall.

Daten und Fakten liegen in vielen Bereichen nicht vor. Es wäre vielleicht auch Aufgabe des Ministeriums gewesen, weiter zu erforschen, was dort möglich ist.

Für uns bleibt festzuhalten: Alle Formen des Zusammenlebens sind gleichberechtigt. Familie ist nicht nur da, wo Kinder sind, sondern dort, wo Menschen füreinander sorgen und Verantwortung übernehmen. Lassen Sie die vergangenheitsbezogene Familienpolitik dort, wo sie hingehört. Treten Sie mit uns Piraten in eine moderne, zukunftsorientierte Familienpolitik 4.0 ein.

Auch wenn die Redezeit abgelaufen ist, Frau Präsidentin, möchte ich gern am Ende noch eine persönliche Bemerkung loswerden.

Frau Ministerin Schäfer, auch wenn in Ihrem Ministerium in vielen Belangen wie Transparenz und digitale Revolution nicht so gearbeitet wird, wie wir Piraten uns das vorstellen, möchte ich mich aber selbstverständlich für die durchweg freundliche und vor allem zwischenmenschlich sehr bereichernde Zusammenarbeit bedanken. Ihnen persönlich wünsche ich alles Gute für Ihren weiteren Lebensweg. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Bevor ich Herrn Kollegen Jörg von der SPD-Fraktion das Wort erteile, möchte ich die Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam machen, dass in der Landeshauptstadt Düsseldorf gleich das städtische Sirensystem überprüft wird. In drei Stufen wird es beginnen mit dem Dauerton „Entwarnung“, dann kommt ein auf- und abschwellender Dauerton „Radio einschalten“ und zum Schluss wieder der Dauerton „Entwarnung“.

Es handelt sich um einen Probealarm. Wir brauchen also nicht das Haus räumen und auch nicht die Radiogeräte einzuschalten. Wir wissen allerdings nicht genau, ob wir die Alarmtöne überhaupt hören. Nur falls wir sie hören, seien Sie bitte nicht beunruhigt.

Jetzt hat Herr Kollege Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schulze Föcking, ich muss auf Ihre Rede doch einmal inhaltlich eingehen.

Wissen Sie, der Name Armin Laschet wird in Nordrhein-Westfalen untrennbar mit ungerechten Beitragstabellen für Eltern verbunden bleiben,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

mit einem Qualitätsabbau in den Kitas, mit zögerlichem Handeln im U3-Ausbau. Das wird in Nordrhein-Westfalen mit Armin Laschet verbunden.

(Zurufe von der CDU)

Der Gegenentwurf dazu ist Gott sei Dank Ute Schäfer. Ute, dein Name wird für immer in Nordrhein-

Westfalen mit einem gelungenen Ausbau im U3-Bereich verbunden bleiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch von der CDU)

Kein anderes Land hat seit 2010 eine ähnliche Dynamik entwickelt wie Nordrhein-Westfalen. Das ist vor allen Dingen dein Verdienst. Dein Verdienst ist es, dass es in den Kitas qualitativ wieder bergauf geht. Dein Name bleibt eng verbunden mit einem leidenschaftlichen Engagement für unsere Familien in Nordrhein-Westfalen. Herzlichen Dank dafür. Du hast viel für die Familien und für unsere Kinder in diesem Land getan.

Ich möchte dir aber auch im Namen meiner Fraktion und meines Arbeitskreises sehr herzlich für eine faire Zusammenarbeit danken, für deine offene und konstruktive Art, Prozesse zu steuern und zum Gelingen zu führen. Das war eine wunderbare Zeit.

Aber ich weiß auch, liebe Ute, dass du es natürlich gewohnt bist, den Tagesablauf von ganz vielen Männern zu beeinflussen; ich will nicht sagen, unbedingt immer zu bestimmen, aber doch zu beeinflussen. Ich weiß nicht, wie viele Männer in deinem Ministerium arbeiten. Es sind aber schon einige. Ich weiß – offen gestanden – gar nicht so genau, ob Axel weiß, was auf ihn zu Hause zukommt. Ich kann mir vorstellen, dass der Tagesablauf und deine Einflussnahme auf den Tagesablauf zu Hause auch etwas intensiver diskutiert werden wird.

Liebe Ute, nichts können Männer so gut wie weghören. Also privat weghören können Männer hervorragend. Da gibt es ja Szenen, wo Frauen ihr Herz ausschütten und nach drei Stunden der Mann sagt: Ach Schatz, ich habe dir gerade nicht zugehört.

Das ist manchmal eine schwierige Situation. Damit dir das nicht passiert und damit du zu Hause immer den Takt angibst, habe ich dir einen kleinen pädagogischen Verstärker mitgebracht,

(Wolfgang Jörg spricht die nächsten Worte in ein Megafon.)

damit Axel immer weiß, was er tun kann.

Alles Gute, Ute, für dich. Ich hoffe, dass du noch eine wunderbare Zeit mit uns als Kollegen hast. Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Wolfgang Jörg überreicht Ministerin Ute
Schäfer das Megafon.)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. Das ist heute hier mit den Geschenken fast wie Weihnachten.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Schäfer das Wort. Bitte schön.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Anders als das sonst üblich ist, werde ich jetzt in meinem zweiten Beitrag nicht auf meine Vorrednerinnen und Vorredner inhaltlich eingehen, sondern ich möchte die Möglichkeit nutzen, mich hier und heute bei Ihnen in meiner Funktion als Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport zu verabschieden und mich bei Ihnen allen für fünf aufregende und auch für fünf anregende Jahre ganz herzlich zu bedanken. Es war spannend in der Zeit in der Landesregierung für mich.

Es ist ja mein zweiter Abschied aus einem Kabinett. Anders als beim ersten Mal 2005 passiert es diesmal auf meinen eigenen Wunsch.

(Heiterkeit von der CDU)

– Jetzt bin ich doch ein bisschen überrascht.

Die Ministerpräsidentin ist diesem meinem Wunsch nachgekommen. Ich freue mich, dass das so ist. Denn es ist richtig und wichtig, Weichen neu zu stellen, wenn man weiß, dass man im nächsten Landtag nicht mehr dabei sein wird. Ich habe mich entschieden, nicht wieder für den Landtag zu kandidieren. Deswegen ist es gut, dass jetzt die Weichen neu gestellt werden. Man kann es auch mit Franz Werfel so formulieren:

„Zwischen zu früh oder zu spät liegt eigentlich immer nur ein Augenblick.“

Jetzt – finden wir – ist der richtige Augenblick gekommen. Ich blicke in meiner Verantwortung als Mitglied einer Landesregierung auf vieles zurück, worauf ich durchaus auch ein bisschen stolz bin.

Ich bedanke mich für die freundlichen Worte, die alle Kolleginnen und Kollegen für mich gefunden haben.

In der Tat war das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in beiden Kabinetten für mich schon ein ziemlich zentrales. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich die offene Ganztagsgrundschule für Familien eingeführt habe, liebe Frau Schulze Föcking, hat Ihre Fraktion noch heftigst dagegen angekämpft. Der eine oder andere, der 2003 dabei war, wird sich noch gut daran erinnern können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber es war ein wichtiger familienpolitischer Beitrag.

Dass der U3-Ausbau so gelungen ist, wie das geschehen ist, das hat uns 2010 auch niemand zuge-
traut.

Anders als Sie das gesagt haben, lieber Herr Hafke, haben wir den U3-Ausbau nie gedeckelt. Wir finanzieren – Dank an den Finanzminister – jeden Platz in Nordrhein-Westfalen, der in unserem Land angemeldet wird. Wir haben die Ausgaben von 1 Milliarde € auf 2 Milliarden € verdoppelt. Das ist eine

Leistung in fünf Jahren. Allen, die daran mitgewirkt haben, möchte ich ganz herzlich danken.

Ich bin auch stolz auf das Kulturförderungsgesetz. Es ist das erste in Deutschland.

Ich habe mich sehr gefreut, liebe Hannelore Kraft, als wir beide gemeinsam den Pakt für den Sport unterschrieben haben. Das bringt für den Sport eine unglaubliche Verlässlichkeit und Planungssicherheit, die es vorher in der Form auch noch nie gegeben hat. Die Sportvereine und der Landessportbund haben sich sehr darüber gefreut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insofern kann ich sagen: Das Haus ist sehr gut aufgestellt und arbeitet hervorragend. Ich möchte meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus noch einmal ausdrücklich dafür danken. Wir haben uns in der Tat ein großes Vertrauen im Land Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Mir war es immer sehr wichtig, den Dialog zu pflegen. Das haben Sie hoffentlich auch in unserer Arbeitsbeziehung spüren können.

Deswegen übergebe ich das Haus gerne und freudigen Herzens an meine Nachfolgerin Christina Kampmann. Sie findet ein wirklich gut aufgestelltes Haus vor.

Ich darf mich auch noch bei allen Fraktionen für die gute Unterstützung bedanken. Eine gute Unterstützung habe ich aber vor allen Dingen in der SPD-Fraktion und bei Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen fünf Jahren bekommen. Das war wunderbar. Ich fühlte mich in allen meinen Politikbereichen sehr getragen; dafür ganz herzlichen Dank.

Bei den anderen Fraktionen, bei der CDU, bei der FDP und bei den Piraten liegt es in der Natur der Sache, dass man einer Ministerin die Politik und das Leben etwas schwerer machen möchte. Ich habe sehr viel Verständnis dafür, da ich auch fünf Jahre lang die Oppositionsbank gedrückt habe. Insofern weiß ich, was zu tun ist, und habe das immer sehr sportlich genommen und werde das jetzt von meinem anderen Platz in den Reihen der Fraktion auch so machen. Ich bleibe ja noch bis 2017 im Landtag. Ich handhabe das mit dem geordneten Rückzug so wie Reiner Priggen es getan hat, was ich übrigens ganz bemerkenswert fand und woran ich mir gern ein Beispiel genommen habe.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in einer anderen Funktion und sage ganz, ganz herzlich Danke.

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin Schäfer, ich möchte mich auch im Namen des Präsidiums sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Ministerin oder Minister zu sein, ist eine schöne, aber auch

anstrengende Aufgabe. Es gibt aber auch ein Leben danach. Ich kann das beurteilen. Das Leben geht gut weiter, und es macht viel Freude. In dem Sinne: Ihnen alles Gute auch für den weiteren Lebensweg.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 2 mehr vor. Ich schließe daher die Beratung.

Ich rufe auf:

3 Ergebnisse und Konsequenzen der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Flüchtlingspolitik vom 24. September 2015

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9880

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9800 – Neudruck

erste Lesung

Und:

Achtes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9808

erste Lesung

Und:

Integration von Flüchtlingen umfassend und vorausschauend gestalten – Krisenmodus bei der Flüchtlingsaufnahme darf Integration nicht behindern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9801

Und:

Nordrhein-Westfalen muss seinen Städten